

Taunus-Zeitung.

Offizielles Organ der Behörden des Amtsgerichtsbezirks Königstein.

Kelheimer- und
Hornauer Anzeiger

Nassauische Schweiz • Anzeiger für Ehlhalten,
Eppenhain, Glashütten, Kuppertshain, Schloßborn

Falkensteiner Anzeiger
Fischbacher Anzeiger

Erscheint am Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Bezugspreis vierteljährlich 2.40 M. monatlich 80 Pfennig. Anzeigen: Die 41 mm breite Zeitzeile: 20 Pfennig für amtliche und auswärtige Anzeigen, 15 Pfennig für hiesige Anzeigen; die 86 mm breite Reklame-Zeile im Textteil 60 Pfennig; tabellarischer Satz wird doppelt berechnet. Adressennachweis und Anzeigengebühr 20 Pfennig. Ganze, halbe, dritte und vierte Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen unvorbereiteter Anzeigen in

Mittwoch
27
November

kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachsatz. Jede Nachsatzbewilligung wird hinsichtlich bei gerichtlichem Streit der Anzeigengebühren. — Einlage Vellagen: Tausend 9.50 Mark. Anzeigen-Aufnahme: Größere Anzeigen müssen am Tage vorher, kleinere bis aller- spätestens 9 1/2 Uhr vormittags an den Erscheinungstagen in der Geschäftsstelle eingetroffen sein. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle wird unbillig berücksichtigt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 186 • 1918

Verantwortliche Schriftleitung, Druck und Verlag:
Ph. Kleinböhl, Königstein im Taunus.
Postfachkonto: Frankfurt (Main) 9927.

Geschäftsstelle:
Königstein im Taunus, Hauptstraße 41.
Fernsprecher 44.

42. Jahrgang

Bekanntmachung und Anordnungen.

Der Rückmarsch der Truppen.

Der Bezirk des 18. Armee-Korps

wird in der Richtung von Westen nach Osten von sieben Armeen durchschritten, und zwar von Norden nach Süden gerechnet:

Von der 17. Armee nördlich der Linie Siegburg—Winterfeld—Edenbogen—Hilchenbach—Winterberg—Corbach.

Von der 18. Armee nördlich der vorgenannten und nördlich der Linie Königswinter—Siegen—Biedenkopf—Gemünden.

Von der 7. Armee südlich der vorgenannten und nördlich der Linie Herfischbach—Stein—Neufirk—Herborn—Homburg.

Von der 1. Armee südlich der vorgenannten und nördlich der Linie Bendorf—Westerburg—Weylar—Siegen—Ulrichstein—Marbach.

Von der 3. Armee südlich der vorgenannten und nördlich der Linie Ems—Hirschberg—Westburg—Westmünster—Aleeberg—Buhbach—Verstadt bei Nidda—Freiensteinau—Frieden—Hersfeld.

Von der 5. Armee südlich der vorgenannten und nördlich der Linie Kreuznach—Sprendlingen—Hockenheim—Groß-Gerau—Oberroden—Mainfingen.

Von der Armeekorps-Abteilung E südlich der vorgenannten Linie.

Die Marschstraßen sind noch nicht festgelegt; es muß damit gerechnet werden, daß in den betreffenden Gebieten während der Durchmarschdauer sämtliche Straßen von den Truppen benutzt werden. Die Durchmarschdauer wird sich auf 8 bis 10 Tage belaufen.

Die auf den Trennungslinien gelegenen Städte und Ortschaften liegen teilweise im Bereiche der nördlich und teilweise im Bereich der südlich marschierenden Armeen.

Die Freistaaten-Konferenz.

Berlin, 26. Nov. Auf Einladung der Reichsregierung kamen gestern in Berlin die Vertreter der Regierungen der deutschen Freistaaten mit den Volksbeauftragten des Reiches und den Sachministern zu einer Besprechung zusammen. Die Verhandlungen waren sehr ausgiebig und wurde folgendes angenommen:

1. Die Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands ist ein dringendes Gebot. Alle deutschen Stämme stehen geschlossen zur deutschen Republik. Sie verpflichten sich, entschieden im Sinne der Reichseinheit zu wirken und separatistische Bestrebungen zu bekämpfen.

2. Der Berufung der konstituierenden Nationalversammlung wird allgemein zugestimmt, ebenso der Absicht der Reichsleitung, die Vorbereitungen zur Nationalversammlung möglichst bald durchzuführen.

3. Bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung sind die A. u. S.-Räte Repräsentanten des Volkswillens.

4. Die Reichsleitung wird ersucht, auf schnelle Herbeiführung eines Präliminarfriedens hinzuwirken.

Beim letzten Punkt der Tagesordnung über die wirtschaftliche Lage erstatteten Staatssekretär Wurm vom Reichsernährungsamt, Staatssekretär Köth vom Demobilisationsamt und Staatssekretär Müller vom Reichsarbeitsamt Referate. Müller warnt vor allem vor unberechtigten Eingriffen in den feinen Apparat des Geld- und Kreditwesens und schlägt folgende Resolution vor, die einstimmig angenommen wird:

Um das wirtschaftliche Leben Deutschlands aufrecht zu erhalten und die ungestörte Versorgung des Landes mit Lebensmitteln und Rohstoffen aus dem Auslande zu sichern und die deutsche Volksrepublik im In- und Auslande kreditfähig zu erhalten, ist das Fortarbeiten aller Banken und Sparkassen und sonstiger Kreditinstitute auf der bisherigen Grundlage und in der bisherigen Form unbedingt erforderlich. In Übereinstimmung mit den Vertretern der deutschen Freistaaten erklärt daher die Reichsregierung, daß jeder Eingriff in die geschäftliche Tätigkeit der Kreditanstalten zu unterbleiben hat.

Staatssekretär Schiffer vom Reichsschatzamt weist auf die gefahrvollen Finanzzustände des Reiches hin. Eine zu lange Dauer dieses rechtlosen Zustandes müßte zum Zusammenbruch der Finanzen führen. Daher fordert er aus rein praktischen Gründen die Nationalversammlung und ent-

wickelt ein großes Finanzprogramm, in dem die stärkste Bekämpfung der Steuern, eine große Kriegsgewinnsteuer, die Besteuerung des Mehrgewinns und eine Vermögensabgabe enthalten sind.

Auf Ausführungen von Ebert-Braunschweig verliest Staatssekretär Köth die neueste Verordnung gegen die Weiterführung der Kriegsaufträge.

Nach 9 Uhr sagt Ebert in einem Schlußwort: „Wenn die deutsche Republik leben soll, so bedarf sie der Arbeit. Sozialismus ist Arbeit!“ Er appelliert an die Arbeiter und Soldaten, damit die deutsche Arbeiterschaft der Welt zeige, daß 50 Jahre der Erziehung zur Selbsttätigkeit durch die Sozialdemokratie nicht verloren gewesen seien. Die Berichte der heutigen Sitzung machten es allen zur Pflicht, für die neue Republik eine staatsrechtliche Festigung in der Nationalversammlung zu schaffen. Unter lebhaften Beifall dankt er und schließt die Reichskonferenz.

Die Lebensmittelversorgung Deutschlands.

Berlin, 26. Nov. (W. B. Amtlich.) Die deutsche Regierung erhielt durch Vermittlung der schweizerischen Regierung in der Frage der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln nachstehende Antwort des amerikanischen Staatssekretärs Lansing:

In der gemeinsamen Sitzung der beiden Häuser des Kongresses vom 14. November erklärte der Präsident der Vereinigten Staaten, daß die Vertreter der verbündeten Regierungen in dem obersten Kriegsrat in Versailles in einem einstimmig gefaßten Beschluß den Völkern der Mittelmächte zugesagt hätten, daß alles unter den gegenwärtigen Umständen Mögliche getan werden solle, um sie mit Nahrungsmitteln zu versehen und um die traurige Not zu erleichtern, die an so vielen Orten ihr Leben bedroht, und daß sofort Schritte unternommen werden sollten, dieses Hilfswerk in derselben Weise systematisch zu organisieren, wie dies im Falle Belgiens geschehen sei. Der Präsident gab ferner der Ansicht Ausdruck, daß es sich durch die Verwendung der brachliegenden Lonnage der Mittelmächte alsdann ermöglichen lassen sollte, der bedrängten Bevölkerung der Mittelmächte die Furcht vor äußerstem Elend zu nehmen und ihr Gelegenheit zu geben, ihre Aufmerksamkeit und ihre Kräfte den großen und gefährlichen Aufgaben des politischen Wiederaufbaues zu widmen, denen sie jetzt überall gegenübersteht. In diesem Sinne beauftragt mich der Präsident zu erklären, daß er bereit ist, die Versorgung Deutschlands mit Nahrungsmitteln in günstigem Sinne zu erwägen und diese Frage mit den verbündeten Regierungen sofort aufzunehmen, vorausgesetzt, daß er die Versicherung erhält, daß in Deutschland die öffentliche Ordnung aufrecht erhalten wird und auch weiterhin aufrecht erhalten bleibt, und daß eine gerechte Verteilung der Nahrungsmittel un- zweifelhaft garantiert wird.

Die Trennung von Staat und Kirche.

Berlin, 26. Nov. In Beantwortung zahlreicher telegraphischer und brieflicher Anfragen hat der Volksbeauftragte im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Ramrad Hänsch folgendes Telegramm an die „Rheinische Zeitung“ in Köln gerichtet:

Dementiert auf das entschiedenste das unsinnige Gerücht, daß das Kultusministerium beabsichtige, mit einem das Volk überrumpelnden Handstreich durch bloßes Dekret unverzüglich die Trennung von Staat und Kirche herbeizuführen. Gewiß liegt die baldige Durchführung dieser Trennung in allgemeiner Linie unserer Politik, und die ersten Vorarbeiten dazu sind auch bereits eingeleitet. Aber es versteht sich von selbst — und darin herrscht im Kultusministerium vollständige Einmütigkeit —, daß zu diesen Vorarbeiten, die mit zahlreichen Fragen finanzieller, juristischer und allgemeinpolitischer Natur verknüpft sind, auch Vertreter der Kirchen herangezogen werden. Vorbesprechungen mit berufenen Vertrauensmännern der Geistlichkeit und mit anerkannten Lehrern des Kirchenrechts sind bereits eingeleitet. Es ist jede Gewähr dafür geboten, daß nichts geschehen wird, ohne die loyalste Rücksichtnahme auf die berechtigten Interessen und Empfindungen auch der kirchlichen Kreise des preussischen Volkes. Nichts wird über das Anrecht gebrochen werden. Von allem anderen abgesehen, würde

das schon die Rücksicht auf die allgemeine politische Lage verbieten. Das preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung treibt keine enge Ressortpolitik, sondern Staatspolitik. Zur Beunruhigung der katholischen Bevölkerung liegt keinerlei Anlaß vor. Eine offizielle Erklärung unseres Ministeriums in diesen Fragen erfolgt in den nächsten Tagen.

Die Rückkehr der feindlichen Zivilgefangenen.

Berlin, 26. Nov. (W. B.) Die Rückkehr der feindlichen Zivilinternierten war am 23. November im allgemeinen durchgeführt; nur einzelne kleinere Transporte aus Nord- und Ostdeutschland waren infolge Wagenmangels noch unterwegs. Sie alle, ebenso wie zwei größere Gruppen von je 600 Köpfen aus dem Lager Holzminde, von denen die eine die holländische Grenze bisher nicht überschreiten konnte, werden rechtzeitig, noch heute vor Mitternacht in Rehl bzw. Roeschwoog oder an einem Ort der belgischen Grenze übergeben werden.

Deutsche Waffenstillstandskommission:
Staatssekretär Erzberger, Vorsitzender.

Der Waffenstillstand.

Der Verkehr zwischen Deutschland und den besetzten Gebieten.

Spaa, 24. Nov. (W. B.) Heute ist General Rudant folgende Note überreicht worden:

Hierher gelangten Nachrichten zufolge ist seit der Besetzung Elsaß-Lothringens durch die Alliierten der Verkehr zwischen diesen Gebieten und dem übrigen Deutschland gänzlich unterbrochen. Dies erstreckt sich nicht nur auf den Personen- und Güterverkehr, sondern auch den Telephon-, Telegramm- und Postverkehr. Hierdurch ist auch der Zahlungsverkehr zwischen Elsaß-Lothringen und dem übrigen Deutschland zum Stillstand gekommen. Wie ohne weiteres ersichtlich, werden hierdurch Folgen hervorgerufen, die das Wirtschaftsleben in den Elsaß-Lothringischen Gebieten aufs schwerste bedrohen. Die Lohngehälter können an vielen Stellen nicht rechtzeitig beschafft werden. Ferner gehen die Gelder für ausgeführte Lieferungen nicht an die Empfangsberechtigten ein. Seit drei Tagen sind ähnliche Zustände auch in den besetzten linksrheinischen Gebieten eingetreten, besonders in Saarbrücken. Es wird gebeten, diese unhaltbaren Zustände, namentlich auch im Interesse der linksrheinischen Arbeiterschaft, die an erster Stelle hiervon betroffen wird, sofort abzustellen.

gez. v. Santol.

Die Armee Madajsen.

Frankreich fordert die Entwaffnung.

Budapest, 26. Nov. In einer an die ungarische Regierung gelangten Depesche Clementaus verlangt die französische Regierung die Entwaffnung der noch in Ungarn befindlichen Teile der Armee Madajsen und ihre Internierung. Die ungarische Regierung hat im Sinne des an der Westfront abgeschlossenen Waffenstillstands, der den Rückzug der deutschen Truppen hinter eine genau angegebene Linie fordert, und nicht nach dem mit General Franchel früher abgeschlossenen Vertrag gehandelt, der bezüglich der deutschen Truppen die jetzt von Paris geforderte Verfügung enthält. Zur Klärung der Angelegenheit hat sich der deutsche Oberst Massow über Berlin nach Spaa begeben, um mit dem dort weilenden französischen Komitee zu verhandeln.

Die Besetzung von Köln und Mainz.

Basel, 26. Nov. Nach einer Mitteilung der „Reuen Korrespondenz“ werden die Engländer Köln und die Franzosen Mainz besetzen.

Die Franzosen in Straßburg.

Straßburg, 26. Nov. (W. B.) Nach einer Meldung der Agence Havas hielt Marschall Pétain, von General Costelnaud begleitet, gestern seinen feierlichen Einzug in Straßburg an der Spitze der Armee Gouraud.

Der feindliche Einmarsch in die Pfalz.

Zweibrücken, 26. Nov. (W. B.) Bis zum heutigen Tage haben die in der West-Pfalz eingerückten feindlichen Truppen ihren Vormarsch nicht weiter fortgesetzt. Außer der Hornbacher Gegend und der Groß-Steinhausener Höhe sind noch eine Reihe Ortschaften besetzt worden. Verschie-

benötigt wurden von Patrouillen Soldaten und Zivilisten festgenommen, die aber nach ihrer Vernehmung sofort wieder auf freien Fuß gesetzt wurden. Ueber das Benehmen der feindlichen Truppen sind bisher keine Klagen laut geworden. In der vergangenen Nacht kamen auf dem heiligen Bahnhof die Quartiermacher für die Besetzung der Landauer Gegend durch.

Ludwigshafen a. Rh., 26. Nov. Die Besetzung der Westpfalz mit schwarzen Truppen der Franzosen, die auch vermutlich nach der übrigen Pfalz vorgeschoben werden, hat in der Bevölkerung große Aufregung und Enttäuschung hervorgerufen. Gestern sind in Germersheim 12 französische Offiziere zur Uebernahme und zum Abtransport der Gefangenen in den pfälzischen Kriegsgefangenenlagern eingetroffen.

Die englische Flotte unterwegs nach Kiel.

Haag, 26. Nov. Aus London wird berichtet: Am Montag früh ist die englische Flotte nach Kiel abgefahren, darunter drei Minenleger, die nach Kopenhagen gehen, um die Fahrtrinne bei Alsen nach der Kieler Bucht frei zu machen für die großen Schlachtschiffe der englischen Flotte.

Berlängerung des Waffenstillstandes?

Haag, 26. Nov. In Londoner politischen Kreisen erwartet man eine Verlängerung des Waffenstillstandes, um die Verhandlungen über einen Präliminarfrieden zu ermöglichen, dessen Abschluß man Anfang Februar erwartet.

Vom Ursprung des Krieges.

Die neue bayerische Regierung hat aus den Urkunden des diplomatischen Dienstes, die durch die Revolution in ihre Hände gefallen sind, einen Gesandtschaftsbericht der damaligen bayerischen Gesandtschaft in Berlin über den Konflikt mit Serbien, der zu dem Weltkrieg geführt hat, veröffentlicht. In der Veröffentlichung wird der Bericht als vom Grafen Lerchenfeld verfaßt bezeichnet. Die bayerische Gesandtschaft in Berlin läßt jedoch durch die offizielle Telegraphenagentur mitteilen, daß der Bericht nicht der Feder des Grafen Lerchenfeld, sondern eines anderen Beamten der Gesandtschaft entstamme. Der Inhalt der Veröffentlichung wird von den Feinden Deutschlands besonders deswegen als ein vollständiger Beweis für die Schuld Deutschlands am Kriege angesehen werden, weil aus ihr hervorgeht, daß man in Berlin den Inhalt des österreichisch-ungarischen Ultimatus an Serbien in seinen Hauptzügen gekannt hat.

Schwer wiegt, daß man von Berlin aus Oesterreich gegen Serbien den Rücken gesteuert hat. Nach der Darstellung dieses Berichts hätte man in Wien ein so unbedingtes Eintreten Deutschlands für das Donaureich nicht erwartet.

Es wird dann in diesem Bericht des Grafen Lerchenfeld an den Grafen Hertling weiter über die diplomatische Aktion Deutschlands geplaudert. Die Reichsleitung werde mit dem Hinweis darauf, daß der Kaiser auf der Nordlandsreise und der Chef des Großen Generalstabs sowie der preussische Kriegsminister in Urlaub seien, behaupten, durch die Aktion Oesterreichs genau so überrascht worden zu sein, wie die anderen Mächte. — Weiterhin werden über das ver-

Verhalten der Mächte

allerlei Betrachtungen angestellt. Es heißt da: „Herr Zimmermann nimmt an, daß sowohl England und Frankreich, denen ein Krieg zurzeit kaum erwünscht wäre, auf Rußland in friedlichem Sinne einwirken werden; außerdem baut er darauf, daß das „Bluffen“ eines der beliebtesten Requisiten der russischen Politik bildet, daß der Russe zwar gern mit dem Schwerte droht, es aber im entscheidenden Moment doch nicht gern für andere zieht.“

Ueber England wird gesagt, daß der Krieg zwischen Zweibund und Dreibund England im jetzigen Zeitpunkt schon mit Rücksicht auf die Lage in Irland wenig willkommen sei. Käme es freilich zum Krieg, so sei es die Auffassung in Berlin, die englischen Vettern würden wir auf der Seite unserer Gegner finden, da England befürchtet, daß Frankreich im Falle einer Niederlage auf die Stufe einer Macht zweiten Ranges herabsinke und damit das europäische Gleichgewicht gestört werde.

Nicht uninteressant ist es, daß in diesem Bericht auf eine vertrauliche Mitteilung hingewiesen wird, wonach der deutsche Botschafter Prinz Stolberg in Wien schon vor einigen Tagen bei Oesterreich die Frage einer Entschädigung Italiens durch Abtretung des südlichen Trentino erörtert habe (also schon damals). In einem Telephonat der Berliner bayerischen Gesandtschaft vom 31. Juli 1914 früh wird die Ueberzeugung ausgesprochen, „daß die zweifellos redlichen Bemühungen Grens, für die Erhaltung des Friedens zu wirken, den Gang der Dinge nicht aufhalten werden.“ Am gleichen Tage wurde von der bayerischen Gesandtschaft nach München das folgende Stimmungsbild telephoniert: „Es laufen zur Zeit zwei Ultimata: Petersburg 12 Stunden, Paris 18 Stunden, Petersburg Anfrage nach Grund der Mobilisierung, Paris Anfrage ob neutral bleibt. Beide werden selbstverständlich ablehnend beantwortet werden. Mobilisierung spätestens Samstag den 1. August um Mitternacht. Preussischer Generalstab sieht Krieg mit Frankreich mit großer Zuversicht entgegen, rechnet damit, Frankreich in 4 Wochen niederwerfen zu können. Im französischen Heer kein guter Geist, wenig Steilfeuergeschütze und schlechtes Gewehr.“

Ludendorff in Schweden.

General Ludendorff hat am 9. November, dem Tage, an dem die Revolution ausbrach, Berlin verlassen und ist, wie die „Frl. Ztg.“ zuverlässig hört, über Sahnitz nach Schweden gereist.

Die Nationalversammlung. Der Wahlordnungsentwurf.

Berlin, 26. Nov. Der Entwurf über die Wahlordnung zur Nationalversammlung ist heute früh im Kabinett beraten worden. Eine Entscheidung fiel nicht, da die Verhandlungen mittags abgebrochen wurden und erst heute früh fortgesetzt wurden, doch scheint der Entwurf eine freundliche Aufnahme gefunden zu haben. Die Zahl der Wahlkreise steht noch nicht genau fest, man rechnet aber mit 40 Verhältniswahlbezirken, auf die dann eine entsprechende Anzahl von Abgeordneten entfielen. Ihre Zahl soll so ermittelt werden, daß auf durchschnittlich 50 000 Einwohner ein Abgeordneter entfällt.

Die Bewegung im Reich.

Berlin, 26. Nov. (W. B.) Der Vollzugsrat gibt bekannt, daß die Delegiertenversammlung sämtlicher deutschen Arbeiter- und Soldatenräte nur für den 12. Dezember nach Berlin zusammengerufen ist. Sämtliche anderen Bekanntmachungen, die von örtlichen Arbeiter- und Soldatenräten oder sonstigen Stellen ausgehen, sind irreführend.

Wals ausgeschieden.

Berlin, 26. Nov. (W. B.) Amtlich. Das Mitglied des Vollzugsrats, Wals, ist heute ausgeschieden. Die ihm vom Vollzugsrat erteilte Vollmacht, insbesondere die auf Gegenzeichnung der Erlasse des Kriegsministers, ist erloschen.

Soff.

Berlin, 26. Nov. Wie die „Freiheit“ schreibt, darf nach dem Verlauf der gestrigen Reichskonferenz damit gerechnet werden, daß der Staatssekretär Soff seinen Abschied nehmen wird.

Aufbauen!

Von Dr. Curt Abel.

Ruhlos und unwürdig ist es, in dieser Zeit der Not den Kopf hängen zu lassen und Klageklagen anzuhören. Niemals war ein Volk verloren, das sich nicht selbst verloren gab. Wir müssen uns zu dem Bewußtsein aufschwingen, daß wir eine ausgewählte Generation sind, bestimmt, das Morosche zu zerbrechen und auf den Trümmern eine neue, bessere, freiere Welt aufzubauen. Aufbauen! Ist die große Aufgabe, der große Gedanke, der uns in Fleisch und Blut übergehen, jede unserer Handlungen leiten muß. Aber Worte sind leerer Schall, nur die tägliche, stündliche Tat kann uns Erlösung bringen. Der täglichen, stündlichen Tat gelten folgende drei Vorschläge:

1. Gründung einer Volks-Beratungsstelle. Die Verhältnisse des Krieges haben die Lebensbedingungen der gesamten Volksgemeinschaft wie jedes einzelnen Mitgliedes erschüttert und verändert. Wir müssen neu schaffen, neu ordnen, neues aufbauen, für uns selbst wie für die Gesamtheit. Da sind wir oft vor wichtige Entscheidungen gestellt, ob es sich um materielle Dinge, um Wahrung von Interessen Hinterbliebener, um Verwaltung des Vermögens, um Beschaffung von Nahrungsmitteln oder um seelische Tröstung handelt, wir brauchen den Rat und die Teilnahme geeigneter Personen und Sachverständiger. Die Schwierigkeiten werden sich noch vermehren, sobald in wenigen Tagen die feindliche Besetzung in Königsstein und Umgegend einziehen wird. Der Verkehr wird unterbunden werden, wenn nicht ganz stockt. Wo Rat hernehmen? Wo Hilfe finden? Das wird die Frage vieler sein. Um dieser Not zu begegnen, um zu helfen, zu raten, zu trösten, sollen sich, so schlage ich vor, in Königsstein, wie im ganzen Deutschen Reich Volksberatungsstellen bilden, deren Mitglieder sachverständige, gewählte Vertrauenspersonen sein müssen.

2. Gründung ein Konsumvereins. Die Beschaffung von Lebensmitteln gehört zu den wichtigsten Forderungen des Augenblicks. Ich halte es für falsch, daß in dieser so ungeheuer wichtigen Frage die gesamte Bevölkerung einer einzigen Behörde ausgeliefert ist, die an und für sich schon mit allen möglichen anderen Arbeiten und Pflichten überlastet ist. Ich schlage deshalb die Begründung eines Konsumvereins vor, welcher versucht, neben der bereits bestehenden Behörde in durchaus geschlichter Weise die Beschaffung von Lebensmitteln zu vermitteln.

3. Gründung eines Debattierclubs. Die bisherige Deutsche Regierung, in Preußen, wie in allen Bundesstaaten, hat absichtlich und plannäßig verhindert, daß das Deutsche Volk zur politischen Reife herangezogen werde. Die konstitutionellen Garantien wurden systematisch gebrochen. In England und in Amerika dienen der politischen und sozialen Erziehung Vereinigungen, sogenannte „Debating societies“, welche in regelmäßigen Zwischenräumen öffentliche Diskussionen veranstalten, in denen alle Schattierungen der Anschauungen über politische, soziale, religiöse usw. Fragen zur Geltung kommen. Ich schlage deshalb die Bildung einer derartigen Vereinigung in Königsstein vor.

Diese drei Vorschläge sollen am nächsten Sonntag zur öffentlichen Verhandlung kommen. Ich lade alle Bewohner Königssteins, Männer wie Frauen, zu reger Teilnahme an der Versammlung ein, die am Sonntag Abend pünktlich acht Uhr, Hotel Procaška, beginnen wird. Im Interesse der Verhandlungen ist das Rauchen nicht gestattet.

Lokalnachrichten.

* **Königsstein, 27. Nov.** Wie wir hören, hat der am 13. ds. Mts. in Seeheim a. d. Bergstr. verstorbene Herr Georg Breidenbach von hier seine Vaterstadt Königsstein als Universalerbin seines Vermögens eingesetzt.

Königsstein, 26. Nov. Die Damenschneiderin Frau Sophie Schmitt hat die Meisterprüfung vor der Handwerkskammer in Wiesbaden mit „Gut“ bestanden.

Herzlich willkommen in der Heimat!

rufen wir unseren tapferen Feldgrauen zu, welche jetzt in die Heimat zurückkehren, deren Bestand sie in 50 monatigem Kampfe verteidigten. Unzählbare Leiden und Entbehrungen haben sie für uns erduldet. Jetzt ist es an uns, ihnen Dankbarkeit zu erweisen. Hülfe jeder, damit auch in unserer Gemeinde der Willkommengruß von Herzen kommt; mögen sie sich in der Heimat im Kreise ihrer Familien und Freunde erholen, um dann mit frischen Kräften ihren werktätigen Beruf wieder aufzunehmen.

Aber wie viele kehren nicht wieder! Wie viele Herzen bluten neu. Den Gatten, Vater, Sohn und Verwandten deckt kühler Regen fern der Heimat. Hoffnungssohl und voller Mut sind sie hinaus zum Kampfe gezogen, haben heldenmütig uns verteidigt. Getroffen von tödlichem Blei oder heimtückischer Krankheit haben sie ihr Teuerstes, ihr Leben hingegeben. Ueber 30 der Besten hat auch unsere Gemeinde als tote zu beklagen. Diese Helden laßt uns nicht vergessen. Laßt auch in diesen Tagen unsere Gedanken oft bei ihnen weilen, auch bei jenen, die schon so viele Jahre als vermisst gemeldet und denjenigen, welche in Gefangenschaft mit Sehnsucht dem Tage der Befreiung entgegensehen.

Viel, viel haben wir Allen zu danken. Zu lindern und zu helfen laßt uns Herz und Hände öffnen.

Die Taten der Lebenden und Toten werden erst kommende Geschlechter ganz zu würdigen verstehen. Uns aber laßt jetzt schon ein bleibendes Denkmal errichten. Laßt uns ein Heldnbuch anlegen. Eine Bildersammlung unserer teuren Toten und Lebenden als bleibendes Andenken und Vermächtnis auch für kommende Generationen!

Falkenstein, den 25. November 1918.

Haffelbach, Bürgermeister.

Letzte Nachrichten.

Rückkehr deutscher Vertretungen aus Rußland.

Berlin, 26. Nov. Die Angehörigen der Moskauer und Petersburger Generalkonsulate sind gestern Abend in Berlin eingetroffen, mit ihnen 800 Angehörige der Gefangenen- und Rückwanderungskommission.

Ein Buschversuch in Lennep.

Rhein, 26. Nov. Die „Rölnische Zeitung“ meldet aus Lennep: Von durchziehenden Truppen der 6. Armee ist hier der Arbeiter- und Soldatenrat beseitigt worden. Die rote Fahne auf dem Gebäude des Bezirkskommandos wurde heruntergeholt und unter dem Jubel der Bevölkerung verbrannt. An ihre Stelle wurde die preussische Kriegsflagge aufgezogen. Aus Remscheid mit Kraftwagen und Maschinengewehren herbeigeilte Leute der Arbeiter- und Soldatenräte stellten den alten Zustand wieder her. Doch kurz darauf setzten sich die Fronttruppen wieder in den Besitz des Bezirkskommandos. Dabei fiel auch ein Schuß, doch wurde Blutvergießen vermieden. Die Remscheider Arbeiter und Matrosen wurden von den Fronttruppen gefangen gesetzt. Wie lange der gegenwärtige Zustand dauern wird, kann zur Stunde niemand sagen.

Die rote Fahne in Rassel.

Rassel, 26. Nov. (W. B.) Bereits vor einigen Tagen hatte ein Offizier mit zwei Unteroffizieren eine der von dem Triumphbogen vor dem Bahnhof wehenden roten Fahnen herabzureißen versucht. Heute früh 5 1/2 Uhr erschienen Leutnant Krüger, Rittmeister Kroska und ein dritter Offizier, dessen Namen nicht festgestellt werden konnte, und rissen beide rote Fahnen herab, um sie zu zerreißen. Auf die von dem Posten alarmierte Wachmannschaft schoß Leutnant Krüger mit dem Gewehr. Er wurde darauf von der Wache tödlich verletzt. Der Rittmeister wurde gestellt und abgeführt, der dritte Offizier ebenfalls.

Der Zentral-Arbeiter- und Soldatenrat warnt in einem Aufruf vor Beleidigungen der roten Fahne, die unabsichtlich geahndet werden müßten, und verweist auf das Beispiel der Sozialdemokratie, die trotz ihrer Ansichten die schwarz-weiße und schwarz-weiß-rote Fahne unbeanstandet lasse.

Eingekandt.

(Für Artikel unter dieser Rubrik übernimmt die Schriftleitung dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

— **Fischbach, 26. Nov.** Bei dem am vergangenen Samstag erfolgten Abtransport der französischen Kriegsgefangenen aus unserem Ort kam es auf dem Hauptbahnhof in Frankfurt zu Vorgängen, die es Wert sind, in die Öffentlichkeit gebracht zu werden. Mehrere junge „Damen“ aus Fischbach begleiteten ihre französischen Lieblinge nach Frankfurt, wo sie am Bahnhof auf das zärtlichste Abschied von ihnen nahmen. Es kam hierbei zu Szenen, die ans Scharfbild grenzten. Herausfordernden Blicks musterten die Franzosen die auf dem Bahnhof anwesenden deutschen Soldaten, die ob solcher Vorgänge ihren Unwillen zum Ausdruck brachten. Einige besagter Weiber zogen sogar in die am Bahnhof liegenden Kaffees, wo bei Kaffee und Kuchen Abschied gefeiert wurde. Denken denn diese fittlich und moralisch gesunkenen und verkommenen Geschöpfe keinen Augenblick an ihre noch in französischer Gefangenschaft schmachtenden Väter und Brüder, die sicherlich von den heimkehrenden französischen Gefangenen das Schlimmste zu erwarten haben und die noch wer weiß wie lange in Feindeshand bleiben müssen? Gibt es denn kein Mittel, diese Weiber, die eine Schande für unser Volk sind, unschädlich zu machen? Wie sehnlichst mögen von ihnen die feindlichen Besatzungstruppen erwartet werden!